ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Stiftung Marktwirtschaft (Ed.)

Research Report

Wirtschaftsreformen in der DDR: Das Soziale in der Marktwirtschaft

Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 29

Provided in Cooperation with:
Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

Suggested Citation: Stiftung Marktwirtschaft (Ed.) (1990) : Wirtschaftsreformen in der DDR: Das Soziale in der Marktwirtschaft, Argumente zur Wirtschaftspolitik, No. 29, Frankfurter Institut für Wirtschaftspolitische Forschung, Bad Homburg

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/99851

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

FRANKFURTER INSTITUT
Argumente zur Wirtschaftspolitik
Nr 29/Februar 1990

Wirtschaftsreformen in der DDR- Das Soziale in der Marktwirtschaft

Die DDR im Umbruch: Die Entwicklungen überschlagen sich und haben alle Lebensbereiche erfaßt - allen voran die Ordnung des Wirtschaftens. Ihr kommt beim jetzt bevorstehenden Neuanfang eine Schlüsselrolle zu. Ganz augenfällig ist die Misere der DDR eng an ihre 40jährige sozialistische Planwirtschaft geknüpft. Deshalb wurde der bis vor kurzem begründete Glaube an sozialistische Kommandowirtschaft und Plan innerhalb kürzester Zeit durch das Bekenntnis zur Marktwirtschaft ersetzt. Selbst höchsten Staatsvertretern und Funktionären kommt es mittlerweile leicht über die Lippen.

Doch damit allein ist noch nicht viel gewonnen. Jetzt müßte die Umsetzung erfolgen - und gerade da liegen die Probleme. Nicht nur in den organisatorisch-praktischen und rechtlichen Bereichen, die nicht Gegenstand dieses Papiers sind, sondern, fast mehr noch, im Grundsätzlichen. Bei vielen Funktionären besteht die Gefahr, daß ihre heutige Haltung weniger auf Überzeugung als auf taktischen Erwägungen beruht. Zu häufig lassen sie erkennen, daß ihnen eher an einem durch Marktelemente ergänzten Staatsdirigismus als an der konsequenten Ablösung der alten Wirtschaftsstrukturen gelegen ist. Auf seiten der Bevölkerung hingegen gibt es - neben aller Euphorie - auch Angst vor dem unbekannten Neuen. Und sie wird bewußt geschürt: Als Angst vor sozialem Abbau, vor Arbeitslosigkeit, vor "Ausverkauf". Dabei macht jahrzehntelange Desinformation durch die Staatspartei dem Bürger ein klares, unbefangenes Urteil noch schwieriger.

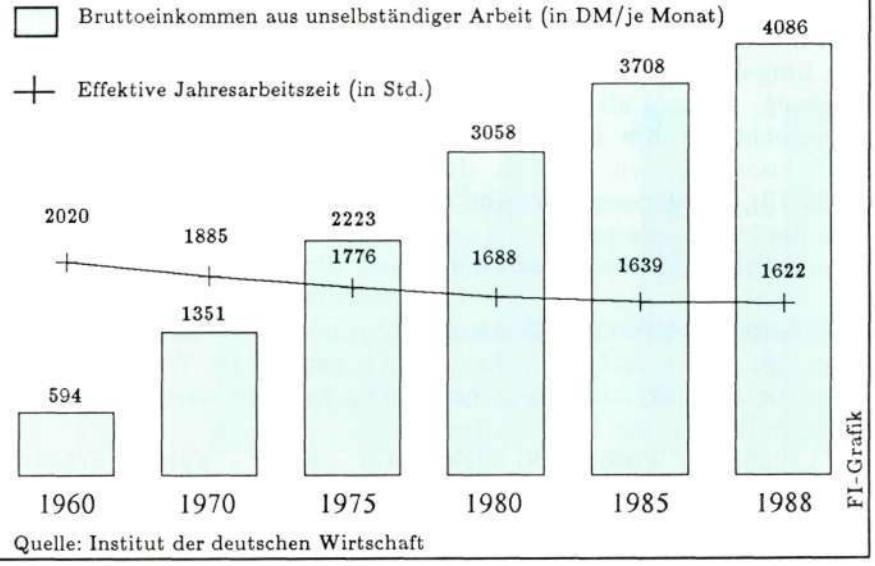
In dieser Situation ist die Wirtschaftswissenschaft gefordert, die - frei von allen ideologischen und parteipolitischen Rücksichtnahmen - etwas von den Gesetzen des Wirtschaftens und von den Zusammenhängen zwischen ökonomischer und sozialer Ordnung versteht. Sie muß helfen, die Nebel zu lichten und die Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige, effiziente Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzuzeigen - ganz gleich, mit welcher Geschwindigkeit und in welchen Formen und Etappen die deutsche Einigung sich vollzieht. Dabei kommt es auch heute wieder darauf an, daß wir uns - wie es Ludwig Erhard formulierte - der Gunst der Stunde würdig erweisen und in der Erkenntnis des Richtigen das Richtige auch tun.

Das gilt für beide Teile Deutschlands. Insofern erlaubt der Blick in Richtung DDR auch Einblicke in das System der Bundesrepublik, in seine Bedingungen und Funktionszusammenhänge, seine Stärken und Schwächen und, vor allem, seine Gefährdungen. Denn auch hier gilt: Nichts von dem Erreichten ist selbstverständlich. Alles muß, ganz im Sinne Goethes, immer wieder aufs neue erworben werden, wenn wir es dauerhaft besitzen wollen. Das gilt auch für die sozialen Errungenschaften.

Ohne Effizienz ist kein Staat zu machen - und schon gar kein sozialer

Die von einigen immer noch gehegte Vorstellung eines dritten Weges zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft, der die "sozialistischen Errungenschaften" mit der Effizienz des Marktes verbindet, macht vor allem an der - wirklichen oder nur vorgegebenen - Befürchtung fest, eine auf Leistung, Wettbewerb und Gewinnerzielung ausgerichtete Wirtschaftsordnung sei nicht "sozial". Diesem Irrglauben wird im Westen durch Äußerungen über das vermeintliche "Diktat des Profits und der Unternehmerschaft" (Steinküh-

Entwicklung der Bruttoeinkommen und der Arbeitszeit in der Bundesrepublik 1960 - 1988



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

ler), die "Macht des großen Kapitals" (Schmude), die "Ellbogengesellschaft" (Momper) und die "soziale Kälte" Vorschub geleistet. Äußerungen wie diese und die vom "inhumanen Kapitalismus" (DGB-Chef Breit) zeichnen aus durchsichtigen Motiven ein Zerrbild der Marktwirtschaft. Und sie verleugnen den moralischen Antrieb, der hinter dieser Marktwirtschaft steht.

Jeder Interessierte weiß: Die Architekten der Sozialen Marktwirtschaft ließen sich bei der Entwicklung ihrer ordnungspolitischen Konzeption gerade von ihrem christlichen Glaubens- und Menschenverständnis leiten. Danach ist der Mensch in seinen Entscheidungen autonom und nicht Lehm in den Händen der jeweils tonangebenden gesellschaftlichen Gruppen. Zugleich ist er eingebunden in die Gemeinschaft - deren er und die ihrerseits seiner bedarf - und von daher mitverantwortlich für seinen Nächsten. Dieses Menschenbild liegt der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde.

Bei seiner Umsetzung in eine ordnungspolitische Gesamtkonzeption konnten die Väter der Sozialen Marktwirtschaft auf Adam Smith, den Gründer der modernen Nationalökonomie, zurückgreifen. Er erkannte den Marktpreis nicht nur als Entgelt für eine bestimmte Leistung, sondern als Steuerungsinstrument für die Lenkung der Produktionsfaktoren: Steigen die Preise für ein bestimmtes Produkt, weil die Nachfrage gewachsen ist, so signalisieren sie dem Produzenten zusätzliche Gewinne - die Produktion steigt und die Versorgungslage bessert sich. Umgekehrt signalisieren sinkende Preise geringeren Bedarf. Das Neue an dieser Erkenntnis: Preise sind nicht nur Belohnung für eigenes Tun. Sie sind darüber hinaus wichtige Informationsübermittler dessen, was die Menschen wünschen und regeln damit die Produktion, ohne daß obrigkeitliche Eingriffe nötig werden. In einer solchen Marktwirtschaft handelt der einzelne, der die Produktionsfaktoren den Preissignalen entsprechend einsetzt, zugleich sozial. Die "unsichtbare Hand" des Marktes ist insoweit das wirksamste und verläßlichste Sozialinstrument.

Daß Adam Smith darüber hinaus die soziale Verantwortung der Gemeinschaft gerade für die Notleidenden betont, ist weniger bekannt. Angesichts der Doppelnatur des Menschen - eigennützig und, in Grenzen, mitfühlend - empfiehlt er, sich beim Tausch von Leistungen nicht auf die Selbstlosigkeit der Menschen zu verlassen. Ihm lag das wirtschaftliche Aufblühen der Nation vor allem deshalb am Herzen, weil es der einzige Weg war, auch dem armen Tagelöhner zu einem besseren Schicksal zu verhelfen. Smith erkannte: Nur wenn die Zahl der Arbeitsplätze schneller steigt als die Zahl der Arbeitskräfte, kann der Lohnsatz angehoben werden.

Funktionierende Märkte bewirken also eine Verbesserung der Lebenssituation und der Entfaltungsmöglichkeiten vor allem bei den weniger Begüterten durch allgemeines Wirtschaftswachstum. Sie stehen damit im Dienst eines Ziels, dem man moralische Qualität nicht absprechen kann. Damit die eigennützige Betätigung der Menschen diese gemeinnützige Wirkung allerdings entfalten kann und nicht ins Gegenteil mündet, muß die Vielzahl der individuellen Antriebe durch eine strikte, staatlich garantierte Wettbewerbsordnung gezügelt werden.

Wer unter Wettbewerbsdruck steht, kann sich nur von guter und preiswerter Erfüllung der Kundenbedürfnisse Gewinn versprechen. Durch den Wettbewerb der Anbieter wird der Kunde zum König, die Macht des einzelnen Anbieters wird beschränkt und das Privateigentum zugleich in den Dienst des Gemeinwohls gestellt. Wettbewerb zwischen den Unternehmen erfordert überdies, daß die Zufriedenheit der eigenen Arbeitnehmer erhalten bleibt. Gerade dem harten Wettbewerbsdruck auf den Gütermärkten und dem dadurch erreichten Produktivitätsanstieg ist zu verdanken, daß die Arbeitseinkommen in der Bundesrepublik heute höher und die Arbeitszeiten niedriger sind als jemals zuvor (siehe Grafik S.1).

Für die moralische Beurteilung des Marktes und seiner Wirkungen kommt es nach all dem nicht auf die einzelne Markttransaktion, sondern allein auf die Rahmenordnung als Ganzes an, die Markt und Wettbewerb dazu nutzt, die Lebensmöglichkeiten aller zu verbessern.

Dieser ordnungspolitischen Konzeption stehen die moralischen Defizite einer Wirtschaftspolitik gegenüber, die - meist ideologisch motiviert - in den Markt eingreift und die Lenkungsfunktion von Wettbewerbspreisen außer Kraft setzt. Wohin das führt, haben die Bürger in Osteuropa bitter erfahren: Gerade die zur Steigerung ihres Lebensstandards notwendigen Mittel sind durch ein ineffizientes Wirtschaftssystem seit Jahrzehnten sinnlos vergeudet worden. Dieser trostlose Befund und der empirische Vergleich der bislang nebeneinander existierenden Wirtschaftsordnungen von Ost und West legt geradezu zwingend nahe: Eine soziale Ordnung, die den Wohlstand breitester Schichten will, braucht eine funktionierende Marktwirtschaft als Fundament. Nur auf dieser Grundlage können soziale Gerechtigkeit und persönliche Freiheit gedeihen.

In einem Satz: Grund und Ursache aller sozialen Errungenschaften und damit auch ihr Garant für die Zukunft ist zunächst der Marktprozeß selbst. So wichtig einzelne sozialpolitische Maßnahmen darüber hinaus auch sein mögen: Ohne die wirtschaftliche Triebkraft des Marktes würde ihnen allen bald die Grundlage entzogen.

Eine Gesellschaft, die auch weiterhin soziale Sicherung und sozialen Fortschritt für alle ihre Glieder will, muß deshalb Marktbefreiung und Wettbewerbssicherung zu einem ihrer Hauptanliegen machen. Marktbefreiung gibt den dynamischen Kräften Raum. Regulierungen oder Einschränkungen des Wettbewerbs hingegen nützen nicht dem Gesamtwohl, sondern in der Regel nur bestimmten Interessengruppen. Die mutigste Marktbefreiung haben wir Ludwig Erhard zu verdanken, der im Jahre 1948 die behördliche Bewirtschaftung vieler Güter des täglichen Bedarfs mit einem Federstrich beseitigte - gegen alle Welt und gegen den Rat unzähliger Experten, die gerade aus "sozialen Gründen" für die Beibehaltung der Bewirtschaftung plädierten. Erhards Entschlossenheit und Erfolg sollten auch heute Ansporn sein, die anstehenden Reformen beherzt anzupacken.

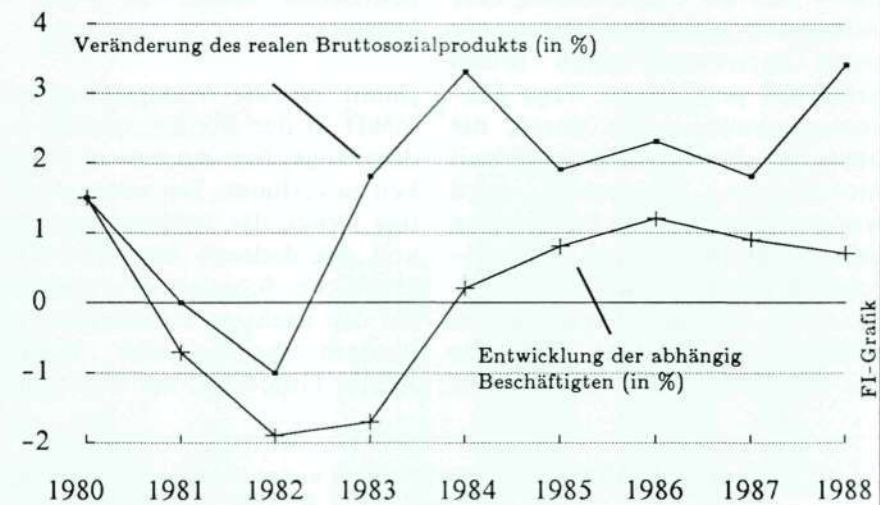
Das Problem der Arbeitslosigkeit

Unter den eher nebulösen "sozialen Errungenschaften" der DDR wird häufig die Sicherheit des Arbeitsplatzes - wenn auch nicht einer bestimmten Arbeitsstelle - besonders hervorgehoben. Demgegenüber befürchten viele Menschen in der DDR als Folge des Übergangs zur Marktwirtschaft und der damit verbundenen Rationalisierung in Betrieben und Bürokratie den Ausbruch von Arbeitslosigkeit. Diese Befürchtungen sind nicht grundlos. In einem marktwirtschaftlichen System kann die Sicherheit des Arbeitsplatzes kaum garantiert werden. Selbständig operierende Unternehmen, die sich im Wettbewerb behaupten müssen, können nicht zur Einstellung von Arbeitskräften gezwungen werden. Ebensowenig darf es ihnen generell untersagt sein, Arbeitskräfte freizusetzen, wenn dies aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist.

In einer funktionierenden Marktwirtschaft kann es mithin eine Garantie des einzelnen Arbeitsplatzes nicht geben. Dennoch leitet die marktwirtschaftliche Umwandlung in der DDR keineswegs Arbeitslosigkeit in großem Stil ein. Das Gegenteil wird der Fall sein. Bei richtiger Wirtschaftspolitik führt der Rationalisierungseffekt schon bald zu erhöhtem Produktionsvolumen und vermehrtem Wohlstand. Die Erfahrungen der letzten Jahre in der Bundesrepublik zeigen, wie in einer wachsenden Wirtschaft bei einer der Arbeitsproduktivität angemessen Lohnpolitik Beschäftigungssteigerungen erreicht werden können (siehe Grafik). Je höher die Produktivität der Arbeit, desto grösser, bei gegebenem Lohn, die Nachfrage nach Arbeitskräften. Da die Einführung der Marktwirtschaft einen erheblichen Produktivitätsschub erwarten läßt, wird für die DDR bei einer Lohnpolitik mit Augenmaß das Problem einer dauerhaften und massiven Arbeitslosigkeit nicht entstehen.

Vorübergehende Arbeitslosigkeit hingegen läßt sich nicht völlig ausschließen - vor allem dann nicht, wenn in einzelnen Regionen wegen der zukunftsorientierten Umstrukturierung der Wirtschaft alte Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, ehe andere in neuen Branchen oder Betrieben geschaffen sind. Für den einzelnen Arbeitnehmer kann dies bedeuten, daß er unter Umständen einen anderen Arbeitsplatz suchen, sich veränderten Anforderungen anpassen und eventuell auch den Wohnort wechseln muß. Das mag von manchem als Belastung empfunden werden. Bei Abwägung der Vor- und Nachteile sollte aber nicht übersehen werden: Die vielberufene Sicherheit des Arbeitsplatzes in der DDR ist das gesamte Volk und

Wachstum und Beschäftigung in der Bundesrepublik 1980 -1988



Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

jeden einzelnen Bürger teuer zu stehen gekommen. Denn gerade der Zwang zur Beschäftigung von Arbeitskräften an der falschen Stelle ist einer der wesentlichen Ursachen für die geringe Arbeitsproduktivität und damit für den wirtschaftlichen Rückstand der DDR mit seinen negativen Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche des täglichen Lebens. Wachstum und höhere Produktivität hingegen eröffnen nicht nur neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Sie geben auch Spielraum für Lohnerhöhungen, die den Arbeitnehmer am steigenden Wohlstand teilhaben lassen. Ohnehin werden die Unternehmen in der DDR wegen der Abwanderungsmöglichkeiten unter Druck stehen, erzielte Produktivitätsfortschritte rasch in Lohnerhöhungen weiterzugeben.

Arbeitslosigkeit ist also keineswegs notwendige Begleiterscheinung von Marktwirtschaft, wie von sozialistischer Seite gerne dargestellt wird. Und wenn sie im Einzelfall eintritt, hat gerade das in der Bundesrepublik entwickelte System der Sozialen Marktwirtschaft Vorkehrungen gegen ein Absinken in Armut geschaffen. Auch in der DDR kann eine aus Abgaben der Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzierte Arbeitslosenunterstützung verhindern, daß Arbeitsplatzverlust zum existentiellen Risiko wird. Bei Aufbau und Bemessung dieser Unterstützung sollte aber berücksichtigt werden: Eine zu geringe Arbeitslosenunterstützung kann genauso unsozial sein wie eine zu großzügige. Eine zu geringe Unterstützung würde die Personen benachteiligen, die ohne ihr Verschulden nicht oder noch nicht wieder in den Arbeitsprozeß integriert werden. Ein großzügig bemessenes Arbeitslosengeld, wie es sich - mit einem Nettoeinkommen von 80% des früheren Arbeitseinkommen - die reiche Volkswirtschaft der Bundesrepublik leistet, vermindert hingegen fast jeden Anreiz für den Arbeitslosen, auch eine ihm nicht von vornherein genehme Arbeit zu suchen oder anzunehmen. So verlockend eine solche Verminderung des Zwangs zur Verwertung seiner Arbeitskraft dem einzelnen auch erscheinen mag: Das Ergebnis - erhöhte Arbeitslosigkeit - ist ebenso unsozial wie die dahinterstehende Mentalität, die darauf hinausläuft, die anderen arbeitenden Menschen für seine Unterstützung aufkommen zu lassen und ihr verfügbares Einkommen entsprechend zu schmälern.

Im Spannungsfeld von wirtschaftlicher Effizienz und sozialem Frieden

Vereinfacht läßt sich sagen: Je "reiner" das marktwirtschaftliche Prinzip realisiert wird, desto effizienter arbeitet die Wirtschaft. Denn je härter der Anpassungsdruck, desto größer der Zwang zu wirtschaftlich rationalem Verhalten. Eine solche Wirtschaftsordnung bleibt aber Theorie. Der für die Stabilität der Gemeinschaft nicht minder notwendige soziale Friede erfordert Stoßdämpfer.

Daraus ergibt sich ein Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Befriedung, das sich nie völlig aufheben läßt und doch im Interesse des ganzen entschärft werden muß. Diese Aufgabe des Austarierens stellt sich jeder Wirtschaftsordnung nach den ihr eigenen Prämissen und damit auch immer wieder neu. Feste Patente für diesen Balanceakt gibt es nicht, wohl aber Erfahrungen und allgemein gültige Erkenntnisse. So muß, soll das Ganze nicht Schaden nehmen, die Umverteilung von Einkommen und Berufschancen dort ihre Grenze finden, wo sie das Funktionieren des Marktmechanismus nachhaltig beeinträchtigt. Mit anderen Worten: Das Leistungsprinzip muß in seinem Kern erhalten bleiben, um die notwendigen Leistungsanreize zu geben. Wer mehr leistet als der Durchschnitt, muß das Recht auf ein höheres Einkommen erhalten. Wer bereit ist, Risiken und Verlustgefahren einzugehen und bei positivem Ausgang seines Engagements überdurchschnittlich verdient, muß einen großen Teil dieses Einkommens behalten können. Andernfalls stirbt die Bereitschaft zum Risiko und tötet damit zugleich die Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaft, denn das Betreten von wirtschaftlichem Neuland ist immer mit besonders hohem Risiko verbunden. Auf einen Nenner gebracht: Das Leistungsprinzip als Motor einer florierenden Volkswirtschaft führt zwingend zu einem gewissen Maß an Ungleichheit. Hohes Wohlstandsniveau für alle resultiert nicht in gleich hohem Wohlstand für jeden einzelnen. Solche Gleichmacherei ist nur möglich, wenn ein Volk auf Wohlstand überhaupt verzichtet und gemeinsam den Weg in die Armut antritt. Die DDR war - lange genug - ein Beispiel dafür.

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Versuch, das Spannungsverhältnis zwischen Effizienz und sozialen Frieden im Gleichgewicht zu halten, um so den sozialen Konsens zu ermöglichen, der für die Stabilität von Demokratie und Marktwirtschaft so unerläßlich ist. Das Element der Marktwirtschaft verschafft Wohlstand und Freiheit. Das Element des Sozialen schlägt sich nieder in einem ausgebauten Sozialsystem. Unter dem Gesichtspunkt des sozialen Friedens und damit der Stabilität von Demokratie und Marktwirtschaft kam daher insbesondere in den Anfangsjahren unserer Republik dem Aufbau des Sozialsystems eine große Bedeutung zu. Ohne solche Maßnahmen wäre die Akzeptanz der

marktwirtschaftlichen Ordnung nicht erreichbar gewesen. Es sei nur daran erinnert, daß noch bis 1952 sich in zahlreichen Repräsentativbefragungen eine Mehrheit der Bevölkerung gegen die marktwirtschaftliche Ordnung aussprach und die Gewerkschaften Sturm gegen Ludwig Erhards ordnungspolitisches Konzept liefen.

Sozialstaat Bundesrepublik: Errungenschaften und Gefährdungen

Die soziale Sicherung in der Bundesrepublik ist in einem für viele kaum vorstellbaren Maße ausgebaut. Sie umfaßt zum einen die drei großen Sozialversicherungssysteme der Gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Dazu kommt eine ganze Palette gesetzlich begründeter, tarifvertraglicher oder freiwilliger Sozialleistungen, die von den Unternehmen selbst erbracht werden, wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, betriebliche Altersversorgung, Abfindungen bei Arbeitsplatzverlust und großzügige Urlaubsregelungen. Schließlich leistet der Staat weitere beträchtliche Hilfen wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Sozialhilfe, Wohngeld, sozialer Wohnungsbau, Ausbildungsförderung und steuerliche Vergünstigungen für die Familie.

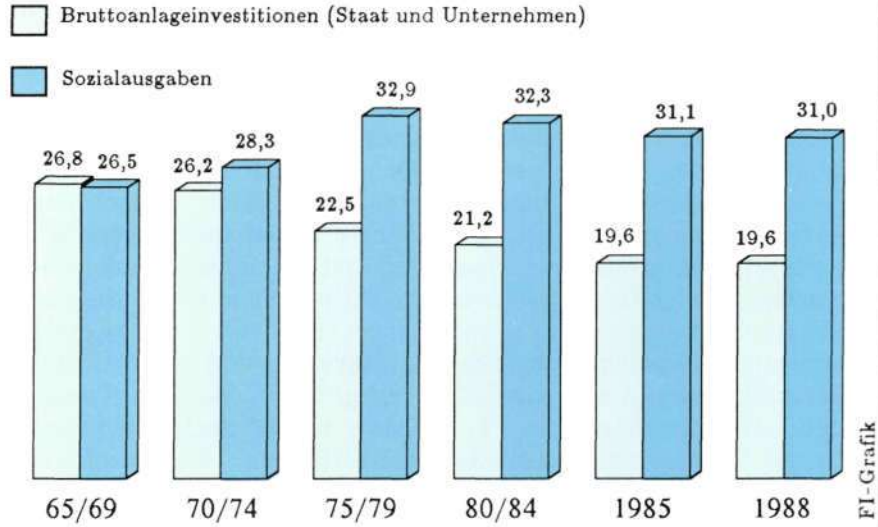
Allerdings: Auch dieses System der sozialen Sicherung, um das die Menschen der Bundesrepublik beneidet werden, wird hier nicht als fertiges Gebäude betrachtet. Seine vorrangigen Ziele - Sicherheit vor Wechselfällen im Leben, ausreichendes Einkommen im Alter und gleichmäßigere Verteilung des Wohlstands - noch besser zu erreichen und für die eigene Klientel noch mehr herauszuholen, macht einen großen Teil des unablässigen Ringens aller gesellschaftlichen Gruppierungen aus. Dabei hat vor allem der Wettstreit der politischen Parteien um die Gunst der Wähler zur steigenden Beanspruchung des Wirtschaftsergebnisses durch soziale Leistungen geführt. Von 1955 bis jetzt ist der Anteil der Sozialausgaben am Sozialprodukt von 16,4% auf über 30% gestiegen. Damit werden bei uns im Rahmen des Systems der sozialen Sicherung heute mehr als 30 Pfennig jeder erwirtschafteten Mark umverteilt. Mit zunehmendem Wohlstand der bundesdeutschen Gesellschaft haben also nicht nur die Sozialausgaben in Mark und Pfennig zugenommen. Auch ihr Anteil an der gesamten Wirtschaftsleistung ist in unvorstellbarem Maße gestiegen. Gleichzeitig aber ging - ein Alarmsignal - die Investitionsquote, also der Anteil jener Mittel, die für neue Arbeitsplätze aufgewendet werden müssen, zurück (siehe Grafik).

An den erstgenannten Zahlen gemessen, waren die letzten vierzig Jahre die sozialpolitisch erfolgreichste Periode der deutschen Geschichte. Doch diese Entwicklung hat auch ihre oft übersehenen oder verdrängten Schattenseiten.

Die Fülle der sozialen Errungenschaften ließ sich nur durch fortwährend steigende Abgaben der Bürger erkaufen. Heute werden von jeder D-Mark Beitrag zum Sozialprodukt rund 50% an Abgaben und Steuern abgezogen. Belastungen dieser Größenordnung untergraben den Leistungswillen der Bürger und verleiten dazu, das System der sozialen Sicherung mißbräuchlich zu nutzen. Ertragen lassen sich die Belastungen dann, wenn die Wirtschaft insgesamt hocheffizient arbeitet. Doch durch immer neue sozialpolitisch motivierte Eingriffe in das Marktsystem wird gerade die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet und damit auf mittlere Sicht der eigentlichen Quelle von Einkommen und Wohlstand das Wasser abgegraben.

Diese Zusammenhänge und die daraus herrührenden Gefahren wurden schon von den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft erkannt. So hat Ludwig Erhard frühzeitig darauf hingewiesen: "Die soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegen-

Bruttoanlageinvestitionen und Sozialausgaben in der Bundesrepublik 1965 - 1988 (in % des Bruttosozialprodukts)



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft; Arbeits- und Sozialstatistik des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

de geistige Haltung, d.h. also die Bereitschaft, für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintlich soziale Maßnahmen auf benachbarten Gebieten zum Absterben verurteilt wird." Genau dieser Weg wurde aber seit Beginn der sechziger Jahre eingeschlagen. Obwohl mit wachsendem Wohlstand die Notwendigkeit für staatlich vorgeschriebene und gelenkte Sozialmaßnahmen eher abnahm, wurde die Sozialkomponente immer weiter ausgebaut und mit ungezählten gesetzgeberischen Vorschriften immer stärker in den Ordnungsrahmen eingegriffen. Dahinter steht die Vorstellung, möglichst viele dieser Komponenten für möglichst viele Gruppen der Gesellschaft ergäben ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit. Doch das ist ein Trugschluß.

Soziale Gerechtigkeit und mit ihr demokratische Stabilität sind in erster Linie eine Frage der Grundsätze, nach denen umverteilt wird. Der Verdruß an der Politik in vielen westlichen Ländern beruht nicht darauf, daß zuviel oder zuwenig umverteilt wird. Er rührt daher, daß die Umverteilung eher willkürlich erfolgt. Gut organisierte Interessengruppen setzen heute auf politischem Wege Einkommenszuweisungen durch, die über ihre Markteinkommen weit hinausgehen. Umverteilt wird weniger zwischen den Bedürftigen und Nicht-Bedürftigen als zwischen den gut und schlecht Organisierten. Die damit verbundene Willkür birgt letztlich Gefahren für die Demokratie selbst. Jeder befürchtet, beim Wettbewerb am politischen Markt zu kurz zu kommen.

Fazit:

- Auch wenn mittlerweile höchsten DDR-Staatsvertretern das Wort "Marktwirtschaft" leicht über die Lippen kommt: Zu häufig wird dabei immer noch erkennbar, daß sie in Wirklichkeit durch einen auf Marktelemente ergänzten Staatsdirigismus zielen.
- Dabei wird auch mit der Furcht vor dem Abbau "sozialistischer Errungenschaften" gearbeitet und Sozialangst genährt. Doch das stellt die Dinge auf den Kopf.
- Gerade eine funktionierende Marktwirtschaft ist Quelle und Garant sozialer Sicherheit für alle Bürger.
- Wirtschaftliche Effizienz und sozialen Frieden immer wieder im Gleichgewicht zu halten, ist Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft. Um dieses Gleichgewicht muß - in der DDR wie in der Bundesrepublik - immer wieder neu gerungen werden.

Damit ist die Wohlstandsgesellschaft in der Bundesrepublik auf dem Wege, ihre Anpassungsfähigkeit zu verlieren. Der allgegenwärtige Druck der Interessengruppen und das dadurch hervorgerufene ängstliche Schielen der Politiker auf den nächsten Wahltermin verhindern konsequente Politik. Armin Gutowski, der Nationalökonom, hat dies mit seinem Wort von der Tyrannei des Status quo gekennzeichnet: "Wir sind an dem, was wir geschaffen haben, festgewachsen; wir möchten den Wohlstand fortschreiben, nicht aber die Bedingungen einhalten, die ihn überhaupt erst ermöglichen." An dieser Erkenntnis gemessen ist in der Bundesrepublik von heute nicht die quantitative Ausweitung des Sozialstaats, sondern seine qualitative Aufbesserung das Gebot der Stunde.

Ausblick

Niemand kann zum heutigen Zeitpunkt Eigendynamik, Schrittempo und Ergebnisse der politischen Entwicklung vorhersagen. Wir alle tasten uns vor. Entscheidend ist nur, daß dabei die richtige Richtung eingeschlagen wird.

Aber jeder könnte und sollte wissen: Die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung ist der eigentliche Kern jeder Gesellschaftspolitik. Die sozialen Anliegen lassen sich nur lösen auf der Grundlage einer in sich stimmigen ordnungspolitischen Konzeption, die den ökonomischen, sozialen und ökologischen Anliegen der Menschen gleichermaßen Rechnung trägt.

Die darin gesetzte Hoffnung des einzelnen hat Ludwig Erhard nach dem Kriege so beschrieben: "Ich will aus eigener Kraft für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, daß ich dazu auch in der Lage bin". Eine Ordnung, die das ermöglicht, dürfte den Vorstellungen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands entsprechen. Und das *ganze* Land zur Blüte bringen.

Herausgeber: FRANKFURTER INSTITUT für wirtschaftspolitische Forschung e. V., Kaiser-Friedrich-Promenade 157, 6380 Bad Homburg v. d. H., Telefon (06172) 42074, Telefax (06172) 42355

Direktor des Instituts: Gert Dahlmanns Vorstandsvorsitzender: H. Joachim Krahnen
Wissenschaftlicher Beirat: KRONBERGER KREIS